



FDP-Chief Bangemann
„Ein Teil der Union ist illoyal“

fiert. Jetzt hat auch er gemerkt, daß der „Freund“ nur Zwiespalt in der FDP schüren wollte.

Stimmung und Motive des CSU-Führers umschreiben Vertraute kühl mit der Bemerkung: Politik machen könne ja wohl nicht heißen, Harmonie zu erzeugen. Strauß letzte Woche: „Wenn jemand die Arbeit der Koalition erschwert, verzögert, manchmal lähmt, so ist es die FDP.“

Ursache des Strauß-Verdiktes war der Rückzieher der Liberalen bei den Sicherheitsgesetzen. „Feierlich besiegelt“ habe Bangemann mit Kohl und ihm das Paket, und nun solle das nicht mehr gelten. Offenbar mache sich „Panik“ unter den Bonner Koalitionspartnern breit, wettet Strauß. Sie seien angesichts der Niedersachsen-Wahl wohl „unfähig“ oder „gelähmt“, noch irgend etwas auf den Weg zu bringen.

An das Betriebsverfassungsgesetz trauten sie sich seit dem Reinfall mit dem Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes nicht mehr heran. Das Ladenschlußgesetz sei ein fauler Kompromiß. Und auch bei der Verschärfung des Asylrechts habe es.

Auch Bangemann findet in München keine Gnade. So verübelt der CSU-Chef dem Liberalen, daß er kürzlich bei seinem Besuch in Moskau den SDI-Vertrag als reines Wirtschaftsabkommen hinstellte. Doch richtig in Rage redet sich der Möchtegern-Außenminister aus Bayern erst, wenn der Name Genscher fällt. Mit dessen stümperhafter Politik, verbreiten Strauß-Gehilfen, „sind keine Kompromisse mehr möglich“. Jüngster Anklagepunkt: Der „Eiertanz um Libyen“ (Strauß).

Mit den Erklärungen des Kanzlers sei die CSU ja noch einigermaßen zufrieden gewesen. Aber Genscher habe Kohls Bewertung wieder zerredet und die Be-

weise für Gaddafis Verwicklung in den Anschlag auf die Diskothek „La Belle“ in Zweifel gezogen. Damit sei er den Amerikanern „in den Rücken gefallen“. Strauß über Genscher: „Unredlich und feige.“

Strauß kreidet Genscher noch mehr an: Durch seine allenfalls halbherzige Unterstützung des SDI-Abkommens, zürnt der CSU-Chef, habe der Außenminister eine „gefährliche Trübung“ im deutsch-amerikanischen Verhältnis herbeigeführt.

Genscher, läßt Strauß verbreiten, versäume immer häufiger öffentliche Freundschaftserklärungen zugunsten der Amerikaner. In kritischen Situationen lasse er Bonns Hauptverbündeten im Stich. So höre in Washington kaum noch einer auf ihn. Deswegen könne Genscher immer weniger deutsche Interessen durchsetzen.

„Ohne Not“ habe der Außenminister auch die Grenzfrage in die Diskussion gebracht. Mit seiner Festlegung auf die Unantastbarkeit der jetzigen Grenzen, vor allem an Oder und Neiße, verpelle Genscher eine wichtige Klientel der Union, die Flüchtlinge und Vertriebenen.

Für eine westliche Demokratie, klagen Strauß-Getreue, sei dieser Genscher „viel zu lange im Amt“. Dem „fällt nichts Neues mehr ein“, sagt der CDU-Abgeordnete Jürgen Todenhöfer: „Ein Mann, der zwölf Jahre Außenminister ist, hat es schwer, von alten Positionen runterzugehen.“

Aber der CSU-Anführer bestätigt zugleich bei jeder Gelegenheit, daß er bei aller Kritik immer auch den Kanzler im Visier hat. Gespräche mit Kohl findet er überflüssig. „Der Mann ruft mich an“, schilderte er kürzlich vor Freunden aus der Wirtschaft seine Erfahrungen, „ich höre blubblubblub. Dann ist das Gespräch schon zu Ende.“



CSU-Politiker Waigel
Die Schuld Lambsdorff zugeschoben

VERFASSUNGSSCHUTZ

Rote Ohren

Terroristenbekämpfung nach Niedersachsen-Art: Beamte legten Bomben im Staatsauftrag.

Wenige Minuten vor drei Uhr morgens am 25. Juli 1978 zerriß im niedersächsischen Celle eine Detonation die Stille. Es krachte vom alten Zuchthaus her. Wärter entdeckten in der Außenmauer der Justizvollzugsanstalt Celle I ein Loch von einem halben Meter Durchmesser.

Der Sprengsatz war, wie der Anstaltsleiter später mitteilte, vermutlich mit einer 400 Meter langen Lunte gezündet worden, möglicherweise von einer Autobatterie aus. An einer nahen Fußgängerbrücke über die Aller fand die Polizei ein leeres Schlauchboot – alles verriet sorgfältige Planung.

Das Motiv des Attentats schien klar. Im Isolationstrakt der Anstalt, nicht weit vom Mauerloch entfernt, saß der – inzwischen verstorbene – Terrorist Sigurd Debus ein, zu zwölf Jahren Haft verurteilt. Offenbar wollten ihn die Genossen im Untergrund nun herausholen; davon jedenfalls ging die Polizei aus.

Das Landeskriminalpolizeiamt in Hannover wies zwei Tage später auf ein Strategiepapier der Terroristen hin („Dellwo-Papier“), das Anschläge auf westdeutsche Gefängnisse propagierte, um die Staatsgewalt zu verunsichern. Und eben erst, am 27. Mai, war der mutmaßliche Terrorist Till Meyer im Handstreich von bewaffneten Frauen aus der Berliner Haftanstalt Moabit befreit worden.

Doch in Celle passierte nichts. Der Strafgefangene Debus lag ordnungsgemäß im Bett und war sichtlich nicht auf eine Befreiung vorbereitet, ganz und gar ungewöhnlich angesichts des sonst im Knast gut funktionierenden Kassiber-Systems. Der Fall wurde nicht aufgeklärt – bis zur vergangenen Woche. Da ging die Bombe, nach acht Jahren, noch mal hoch.

Als Täter entpuppten sich echte Profis: der Verfassungsschutz und die Antiterror-Truppe GSG 9. Was allenfalls in Anarcho-Blättern der Staatsgewalt unterstellt worden war, erwies sich nun als Realität: Beamte als Bombenleger, Minister als Auftraggeber. Der Sprengstoffanschlag war inszeniert.

Als das starke Stück ruchbar wurde, fand keiner der staatlichen Sprengmeister was dabei – alles geschah, so Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU), im Interesse der „wehrhaften Demokratie“: „Wir mußten die Öffentlichkeit täuschen, um die Terroristen zu täuschen.“ Er würde wieder so handeln: „Ich bin sicher, daß unsere Bevölkerung genau das von mir verlangt.“

Wie Albrecht und seine Minister Egbert Möcklinghoff (Innen) und Walter Remmers (Justiz) zugaben, war die brisante Angelegenheit schon im Frühjahr 1978 geplant worden. Ein ehemaliger Strafgefangener sollte als V-Mann des Verfassungsschutzes in die terroristische Szene eingeschleust werden. Um ihm Zutritt zur Szene zu verschaffen, so Albrecht, „mußten Taten vorgewiesen“ werden, „demonstrative Straftaten“, wie Remmers hinzufügte. Der Anschlag sollte den V-Mann für die Terroristen im Untergrund als Gesinnungsgenossen ausweisen.

Die Einzelheiten wurden damals zwischen dem niedersächsischen Innenministerium (Chef: Rötger Groß, FDP) und dem Bundesinnenministerium (Chef: Werner Maihofer, FDP) besprochen. Und im sozialliberalen Bonner Kabinett soll der Plan, so Möcklinghoff, sogar in

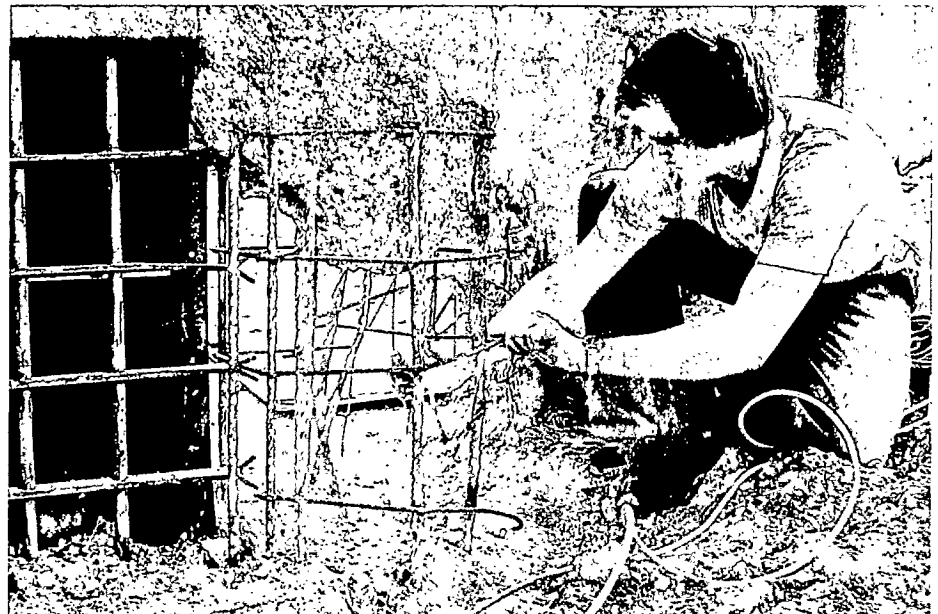
der hochdotierte Versicherungsdetektiv Mauss sich „Polizeibehörden bzw. einzelne Beamte dienstbar“ machen konnte. Untergrundmann Mauss zahlte nicht nur die Reise- und Hotelkosten der Fahnder, er stiftete sie auch zu ungesetzlichen Lauschangriffen an.

„Wesentlich weitergehende Schweereien“, allesamt vom niedersächsischen Innenminister Möcklinghoff (CDU) und seiner Behörde gedeckt, vertuscht und geheimgehalten, hatte Ausschußmitglied Fruck schon länger vermutet. Dann, als die „Hannoversche Allgemeine“ („HAZ“) sich des Celler Skandals von 1978 annahm, bekam er Gewißheit.

Fruck ließ sich vorigen Donnerstag im Landtag auf die Rednerliste setzen, die CDU-Regierungsfraktion ahnte nichts Gutes. Der CDU-Abgeordnete Ernst-Henning Jahn, so Fruck, beschwor den Grünen, doch bloß jetzt nicht die alte

dies nur einen Schaden von 120 Mark verursacht, Menschenleben seien zu keinem Zeitpunkt gefährdet gewesen. Im übrigen habe sich die Aktion im Rahmen geltenden Rechts bewegt – die GSG 9 müsse bekanntlich die Bestimmungen des Sprengstoffgesetzes nicht beachten, und die Beschädigung sei am „Besitz des Landes Niedersachsen vorgenommen“ worden, dieses habe als „Besitzer die Zustimmung“ erteilt.

Übergesetzlichen Notstand, der sonst zur Rechtfertigung etwa von polizeilicher Under-Cover-Tätigkeit gern herangezogen wird, bemüht die Niedersachsen erst gar nicht. Auch ob die GSG 9 überhaupt Amtshilfe hätte leisten dürfen, um den Weg für das Einschleusen eines V-Mannes freizubomben, ließen sie offen. Und kein Wort verschwenden sie auf das verfassungsrechtliche Kernproblem, das stets auftaucht, wenn



Häftling Debus, gesprengte Gefängnismauer in Zelle: Echte Profis am Werke

der „kleinen Kanzler-Lage“ vorgetragen worden sein.

Als dann in Zelle die Bombe hochging, war Maihofer nicht mehr Minister; er mußte zurücktreten, weil er den „Lauschangriff“ des Verfassungsschutzes auf den Atom-Manager Klaus Traube gebilligt hatte. Maihofers Nachfolger Gerhart Baum wußte angeblich nichts davon, was sich in Zelle tat. Wer immer eingeweiht war, hielt dicht.

Erst der grüne Abgeordnete Georg Fruck brachte die verdeckte Aktion letzte Woche ans Licht, am Ende einer Debatte im Niedersachsen-Landtag, bei der es gleichfalls um eigenartige Praktiken der Polizei des Landes ging: um die seltsamen Machenschaften des Privatdetektivs Werner Mauss.

Diskutiert wurde der Bericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der sich fast zwei Jahre lang um Aufklärung bemüht hatte, wieso

Sache auszuapludern. Der aber ließ sich nicht beirren: „Die saßen mit roten Ohren da.“

Ministerpräsident Albrecht dementierte erst gar nicht, sondern ließ wissen, die Celler Bombensache sei „mit Wissen höchster Regierungsstellen in Bonn und Hannover gestartet“ worden – was jeder, der es gerade konnte, sofort bestritt. Weder der ehemalige sozialdemokratische Staatsminister Hans-Jürgen Wischnewski noch Generalbundesanwalt Kurt Rebmann noch der einstige Bonner Innenstaatssekretär Andreas von Schoeler wollten was gewußt haben, und Ex-Kanzler Helmut Schmidt, der sich nicht erinnern konnte, wollte die Sache erst mal prüfen.

Albrecht bekannte sich derweil zu dieser Sache, „ausdrücklich zu dieser Verantwortung“, zumal „schlimme Verbrechen“ durch den seinerzeit per Anschlag aufgebauten V-Mann hätten verhindert werden können. Die Aktion habe über-

der Staat selber Gewalt ausübt: ob die angewendeten Mittel zum verfolgten Zweck in angemessenem Verhältnis stehen.

Daß dieser Anschlag – und wie viele solcher Art gab es sonst noch? – die seinerzeit ohnedies weitverbreitete Terroristenhysterie schürte; daß die große Koalition der Staatssicherheitsperfektionisten die parlamentarischen Kontrollgremien bei der Aktion ignorierte; daß terroristische Mittel gegen terroristische Mittel eingesetzt wurden – das ficht den Niedersachsen-Premier nicht an. In sieben Wochen ist Landtagswahl.

„Möglicherweise muß die Geschichte des Terrorismus neu geschrieben werden“, gab Jürgen Trittin, der Fraktionsvorsitzende der Grünen in Niedersachsen, zu bedenken, „man weiß nicht mehr, welche Anschläge von Terroristen sind und welche vom Staat zu verantworten sind.“